

29. Oktober 2009

## **Antrag**

### **der Mitglieder der Bezirksversammlung**

**Hans-Joachim Klier, Thomas Ritzenhoff, Anja Quast, Uwe Lohmann,  
Regina Jäck, Lars Kocherscheid, André Schneider, Rainer Schünemann,  
Jürgen Warncke (SPD) und Fraktion**

### **Wandsbek sagt Nein – der „Spar-Hammer“ des Senats gehört in das Rathaus und nicht in die Bezirke!**

Nachdem die Bürgerinnen und Bürger in Wandsbek in den vergangenen Jahren die Folgen einer unsoliden Wirtschafts- und Finanzpolitik des Senats mit gravierenden Einschränkungen der Dienstleistungen des Bezirks zunehmend spüren mussten und im gleichem Zuge die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Dienststellen durch Personalabbau an die Grenzen ihrer Belastbarkeit geführt wurden, hält der Senat in finanzpolitischer „Rasenmäher - Mentalität“ offenbar weiter daran fest, der desolaten Haushaltslage mit Dienstleistungsentzug auf dem Rücken der Menschen vor Ort zu begegnen.

Es ist verfehlt, ausschließlich Konjunkturkrise und ausbleibende Steuern für die drohende „Insolvenz“ des städtischen Haushalts verantwortlich zu machen. Hier zeigen sich gleichermaßen die Folgen der „Leuchtturmpolitik“ des Senats und einer verfehlten Steuerung von Prestigeobjekten.

Seit langem ist bekannt, dass Einsparungen in den Bezirken nur noch im Personalbereich möglich wären. Hier zu kürzen hat verheerende Folgen für die sozialen Dienste, für das Kindwohl, für Erziehungs- und Mütterberatung, Elterneinrichtungen und Jugendhäuser, um nur wenige Beispiele zu nennen. Wer dies will, riskiert Unfrieden in der Gemeinschaft und trägt zur weiteren Verschärfung sozialer Ungleichgewichte bei.

Die Bürgerinnen und Bürger in Wandsbek haben nicht zu vertreten, dass der Senat keine vorsorgende und nachhaltige Finanzpolitik betrieben hat. Ihnen gleichwohl weitere Dienstleistungen in den Bezirken zu entziehen, verletzt einfache Regeln politischer Fairness.

*Vor diesem Hintergrund möge die Bezirksversammlung beschließen:*

Die Bezirksversammlung Wandsbek stellt mit aller Entschiedenheit fest, dass der Bezirk weiteren Personalabbau bei den bezirklichen Dienstleistungen zur Stopfung von Haushaltslöchern nicht leisten kann und die Beschäftigten des Bezirks bereits heute an den Grenzen ihrer Belastbarkeit sind.

Die Bezirksversammlung Wandsbek appelliert an den Senat, die Bürgerinnen und Bürger des Bezirks nicht den Folgen einer „Politik des Kaputtsparens“ auszusetzen und von weiteren Überlegungen zu Einschränkungen von örtlichen Dienstleistungen abzusehen. Unangestastet bleiben müssen auch die Rechte der Bezirksversammlung, insbesondere dürfen die Regionalausschüsse nicht abgeschafft werden und die Restmittel sind wie in den Vorjahren ungekürzt zu übertragen.

Die Bezirksamtsleiterin wird gebeten, diesen Appell in geeigneter Weise den zuständigen Senatsbehörden zu übermitteln.